

Der Gefellschaffer

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illust. Unterhaltungs-Beilagen „Feierstunden“ „Unsere Heimat“ Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Bezugs-Preise
Monat. einchl.
Legegeld 1.00
Einsammler 10 s
erschint an
jed. Werktag
Bezeichnete Zeitung
im O.L.-Bez. Nagold
In Fällen höh. Gewalt
besteht kein Anspruch
auf Lieferung d. Zeitg.
oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises.
Telegramm-Adresse:
Gefellschaffer Nagold.
Postfach-Nr. 5113.
Stuttgart 5113.

Anzeigen-Preise
Die einseitige Zeile
aus gedruckt. Schrift
ab. 1000 Zeichen 12 s
Familien-Anz. 10 s
Reklame-Zeile 15 s
Sammleranzeigen
50 % Zuschlag
Für das Erscheinen
von Anzeigen in be-
stimmten Ausgaben
und an besonderen
Plätzen, wie für tele-
phonische Anzeigen u.
Schlüsselanzeigen kann
keine Gebühr über-
nommen werden.

Nr. 159 Begründet 1826. Samstag den 11. Juli 1925 Fernsprecher Nr. 29. 90. Jahrgang

Tagespiegel

Die schwedischen Kriegsschiffe haben den Hafen von Kiel wieder verlassen und der Stadt Eckernförde einen Besuch abgestattet.
Das amtliche Blatt des Vatikans, der Osservatore Romano, teilt mit, der Papst habe den Nuntius in Prag beauftragt, dagegen Vermachung einzulegen, daß der Präsident der tschechoslowakischen Republik den Ehrenvorsitz bei der Johann Hufeier und der Ministerpräsident die Leitung ehrenhalber übernommen habe. Der Nuntius sei angewiesen worden, Prag sofort zu verlassen. (Von tschechischer Seite war die Abberufung gesehnet worden.)

Politische Wochenchau

Gottes Wühlen mahlen langsam, aber sicher, und alle Schuld rächt sich auf Erden. Als die Hauptverbündeten in den Jahren vor 1914 sich zu der großen Verschwörung zusammenschloßen und als sie später über der Höllegeburt des Versailles Vertrages brüteten, hätte es sich feiner träumen lassen, daß sie einmal in eine Lage kommen könnten, in der sie sich heute befinden. Wenn Deutschland politisch, wirtschaftlich und militärisch gesiegt war, dann mußte für sie das goldene Zeitalter andeuten. Schon im Jahr 1911 hatte die einflussreichste Londoner Wochenzeitschrift „Saturday Review“ geschrieben: „Wenn Deutschland vernichtet sein wird, wird es keinen Engländer geben, der nicht um so viel reicher geworden ist.“ Bei den Engländern dreht sich ja, wie bei den Amerikanern, alles um das Geld.

Aber wie ist es bei den „Siegern“ gekommen? In England, wo noch der Prophezeiung der „Saturday Review“ jeder feindlich sein müßte, wurden in voriger Woche über 1 300 000 Staatsunterstützung empfangende Arbeitslose verzeichnet, 300 000 mehr als im vorigen Jahre um diese Zeit. Nach der Angabe des Arbeitsministers wurden seit dem Waffenstillstand vom Oktober 1918 an die Arbeitslosen Staatsunterstützungen im Betrag von 173,5 Millionen Pfund Sterling ausbezahlt, unzureichend die 50,5 Millionen, die bei der Abrüstung nach dem Krieg als Liebesgabe verabschiedet wurden. Die Arbeitslosigkeit hat also England bisher zusammen 224 Millionen Pfund oder 4850 Millionen Goldmark gekostet. Der Präsident des englischen Handelsamts Colville Viner erklärte im Unterhaus, es sei zwar nicht so weit, daß England von seinen Ersparnissen leben müße, aber es sei sehr schlimm um seine Fähigkeit bestellt, Kapitalien zu erwerben und anzulegen, und es sei doch heute wichtiger als je. Geld für die Gewinnung ausländischer Währungen zu haben. Die Kohlenförderung sei gegen 1913 um 8 u. h. gesunken, die Kohlenausfuhr, ein Hauptgeschäft Englands, um 25 u. h. die Erzeugung von Rohseisen um 23 u. h. dem Eisenhandels gebe es schmerzhaft, die britische Industrie habe größtenteils eine fortwährende Verminderung des Geschäfts zu verzeichnen. So haben denn die Eisenbahngesellschaften, die Kohlengruben und einige andere Industrien eine Lohnherabsetzung angefordert. Aber die verschiedenen Gewerkschaften wollen sie nicht gefallen lassen und sich vereint dagegen wehren. Wenn es der Vermittlung der Regierung nicht gelänge, den Wirtschaftsfrieden zu erhalten, so würde England vor einem tieferen Abstieg stehen, der die allgemeine Lage nur verschlechtern könnte. England hat ferner noch etwa 16 Milliarden Kriegsschulden an Amerika abzutragen; es hat mehr als den doppelten Betrag von Frankreich, Italien, Rußland und anderen Kriegsgewinnern einzufordern, hat aber noch keinen Pfennig davon gesehen und muß ohne Zweifel den größeren Teil jenes Subbogens in den Kamin schreiben.

Und die politische Nachkriegsbilanz Englands ist nicht besser als die wirtschaftliche und finanzielle. Es kann kein Zweifel sein, daß das alte England in die diplomatische Abhängigkeit Frankreichs geraten ist. Seine eigenen „Dominions“ sind seit dem Weltkrieg dem englischen Mutterland gegenüber weit selbständiger geworden, so zwar, daß die Regierung baldwin, eigentlich gegen ihren Willen, das brüderliche Genfer Protokoll für die „Sicherheit“ Frankreichs, das der Arbeitsminister Mac Donald mit hatte schreiben helfen, versagen mußte, weil die Dominions es so haben wollten. Allerdings soll das Protokoll, wie der neue belgische Außenminister Vanderveerde vertrat, das, auf Hannover wieder ins Leben zurückgerufen werden, — das ist der Sinn der vielbesprochenen Sicherheitsnote Briand's. — Die Beziehungen Englands zu dem einstmaligen Verbündeten Rußland sind herzlich schlecht, so schlecht, daß man in England glaubt, für alle Widerwärtigkeiten die Moskauer Sowjetregierung verantwortlich machen zu müssen. Man hat in der Diktie Plothenmandauer abgeholfen und will vor dem Kasanau Rußlands in die Ostsee und die weltliche Welt Hottentottspunkte auf ostländischen Inseln anlegen, um Rußland die Macht Großbritanniens in Erinnerung zu bringen. Die Moskauer tun allerdings ihr Möglichstes, um England in eigenen Land und in der ganzen Welt Schwierigkeiten zu bereiten. Daß sie ihre Finger nicht nur im Marktfaktoria haben und die Kadgen mit Geld und Waffen versorgen, sondern auch in Kaganen, Indien und besonders jetzt in China den Haß der ausgelegenen Völker gegen die Fremden, vor allem gegen die Engländer noch Kräfte schüren, ist erwiesen. Den „christlichen“ Chinengeneral Fengpuhsiang, der die Macht in Peking hat, scheint Moskau schon so weit in Händen zu haben, daß es zum offenen Loszucken gegen England — mit russischer Unterstützung — nur noch ein kleiner Schritt ist. Daran würde auch die von Amerika vorgeschlagene Konferenz zur Schlichtung des Chinastreits wohl nicht mehr viel ändern können. England streibt sich übrigens hartnäckig gegen die östliche Beherrschung der Vase in China vor einem

„Scheidemann“ der Mächte, weil das ganze japanische Bündnis Englands gegen China von der Zeit des berühmten Opiumkriegs an seit 1840 zur Sprache kam. — Kennzeichnend für den Umschwung der Dinge ist aber eben das Verhältnis Englands zu Rußland, denn es 1914 vor Revolution verfallen hat, als der durch Gift und Vergiftung zum Krieg verleitete Zar Nikolaus einen Sonderfrieden mit Deutschland schließen wollte. Die Revolution in Rußland ist eben anders ausgefallen, als die damalige englische Regierung und ihr Petersburger Botschafter Buchanan gedacht hatten. Nur nebenbei sei erwähnt, daß England auch die „Freundschaft“ und das Bündnis Japans verloren hat, seitdem es sich unter die Fittige Amerikas begeben hat, und England muß nun zum Schutze seiner indischen Besitzungen gegen Japan in Singapore einen mächtigen Flottenstützpunkt bauen.

Im nichts glücklicher als England ist Frankreich, trotzdem es die größte Weltmacht der Welt geworden ist. Die Kautschorkriegung, als ob Deutschland alles bezahle, ist verfallen und geblieben nur die Kolonialverteilung über die leberische Finanzwirtschaft, die es im Kriegenscheidungswohnt Jahre hindurch getrieben hat und die das Land in die schönste Inflation geführt hat. Der französische Franken hat nicht einmal mehr den vierten Teil des Wertes wie vor dem Krieg, das bedeutet, daß das französische Volkvermögen eine ungeheure Verminderung erfahren hat, daß das Land unter Leuerung leidet und daß es im Ausland keinen Kredit mehr hat. Amerika und England drängen auf Bezahlung ihrer Kriegsguthaben, wahrscheinlich vergebens. Und dazu kommt noch der Krieg mit den Kadgen in Morokko, der dreihunderttausend Millionen Franken kosten wird. Bis jetzt haben die Franzosen recht schlecht abgekommen und der siegreiche Abd el Krim drängt sie trotz ihrer großen Lebermacht unzufrieden gegen Süden. Wenn es ihm gelingt, die beiden wichtigen Städte Tana und Fez zu erobern, dann ist es um den französischen „Rubin“ in Afrika geschehen und die Folgen sind unabweisbar. Kramphoff lüden die Franzosen Waffenhilfe bei den Spaniern und Engländern, allein können sie eben keinen Krieg mehr führen, nicht einmal gegen Marokkaner, die allerdings von den Franzosen selbst im europäischen Kriegshandwerk zum großen „Nachkrieg“ gegen Deutschland ausgebildet worden sind. Nach diese Sünde wider die weiße Rasse rächt sich jetzt an den Franzosen. Die Engländer haben die Hilfe abgelehnt und die Spanier beläunen sich immer noch, wahrscheinlich so lange, bis ihre Hilfe doch nichts mehr nützen würde.

Und Italien? Ja, Italien war früher ein geachteter Staat im europäischen „Konkurrenz“, solange es mit Deutschland und Österreich den Dreiecksbund bildete. Heute trägt kein Hahn mehr nach dem „Siegerland“. Italien, im Verbund ist es das fünfte Rad am Wagen, und die Vira (Franken) gilt noch 15 Pfennig, ist also noch unter dem belgischen Franken, der immerhin noch mit 19 Pfennig bewertet wird. — Im fernem Osten teilt Japan sich mit England in den grimmigen Haß der Chinesen; der ehemalige Kriegsbruder Amerika hat der japanischen Einwanderung die Lüre verschlossen, was zwischen beiden Spinnfeindschaft hervorrief — sie sind ja auch die natürlichen Gegner —, und die „Freundschaft“ mit England ist, wie gesagt, zu Ende. Der mit Rußland geschlossene „Freundschaftsvertrag“ scheint einem Abkommen zwischen Kage und Maus. Japan steht allein.

Wenn es nun den hohen Verbündeten — vielleicht mit Ausnahme Amerikas, das sich derzeit mit seinem Kriegsgewinn auf die Seite gemacht und das „brüderliche“ Europa sich selbst überlassen hat — trotz ihres erlittenen „Sieg“ und trotz des Versailles Vertrags und des Dawesplans usw. wirklich nicht gut geht, so ist damit noch nicht gesagt, daß es Deutschland besser geht. Doch kann man behaupten: Deutschland geht es so gut, als es unter dem Druck des sogenannten Friedensvertrags, der Befestigung und des Dawesplans überhaupt möglich ist. Es will etwas heißen, wenn der Vertreter des mächtigsten Arbeitersministeriums, Staatsrat Ka, dieser Tage im Landtag erklären konnte: in Württemberg kann man zuerst nicht von Arbeitslosigkeit sprechen, eher von Arbeitsmangel. Wie wird ihn sein englischer Kollege um dieses Wort beneiden haben! Leider trifft die Feststellung des Staatsrats Ka nicht für das ganze Reich zu. Die Schwerindustrie, mit denen z. B. die rheinisch-westfälische Industrie seit längerer Zeit zu kämpfen hat, haben sich in letzter Zeit noch verschärft, so daß ein Kleinunternehmen wie die Siemens'schen Gesamtwerke vor der Gefahr des Zusammenbruchs stand und nur durch schmerzliche Beschränkungen und mit fremder Hilfe über Wasser zu halten war. Selbst die Firma Krupp in Essen, über der die berühmte „Abwärts“- oder Zerfallensnote des Pariser Botschafterrats schwebt, sah sich genötigt, einen Zweig ihrer Werke mit den großen Rheinmetall-Werken zu verbinden, um billiger wirtschaften zu können. In beiden Fällen werden zahlreiche Angestellte und Arbeiter ihr Brot verlieren. Die Ruhrbefestigung hat ihren Zweck erfüllt: sie wurde im Interesse der französischen, belgischen und — englischen Großindustrie ins Werk gesetzt. — Baldwin hat doch seinerzeit Voicars zur Ruhrbefestigung beglückwünscht —, um die deutsche Industrie auszuspannen und dann zu ruinieren. Baldwin und Voicars können sich jetzt gegenseitig zu ihrem Erfolg gratulieren; sollte es irgendwo noch fehlen, so werden der Botschafterrat und die württembergische Überwachungskommission wissen, was sie zu tun haben. So können die Franzosen und Belgier daran denken, das Ruhrgebiet auf den 15. August zu räumen, wie feierlich verhängen worden war. Aber immer langsam voran; und für alle Fälle soll eine französisch-belgische Polizei im Ruhrgebiet zurückbleiben. — Da hört doch aller Silberstreifen auf!

Wie sieht es nun aber mit der berühmten „Sicherheit“? Der französische Außenminister Briand hat bekanntlich auf das deutsche Sicherheitsangebot vom 9. Februar d. J. kürzlich in einer Rede zum ungeheuerlichen Gegenstand erhoben. Am Reichsausschuss es allerdings und vor rechts

und links an der Politik des Außenministers Dr. Seydewitzmann auszulegen, und die Linke wünschte eine lehrreiche Aussprache: um gegen Stresemann oder das ganze Kabinett Luther Widerstandsentscheidungen anbringen zu können.

Nach kurzer Pause ist der Reichstag am Mittwoch wieder zusammengetreten, aber die außenpolitische Aussprache wird noch nicht stattfinden. Reichsanführer Dr. Luther legte im Kabinettsausschuss die Gründe dar, warum es nicht geraten sei, im Reichstag Dinge zu verhandeln, über die gerade wichtige Beratungen und Verhandlungen schweben; dagegen sei ihm die Aussprache und die Abstimmung sehr erwünscht, sobald die Regierung die Antwort auf Briand's Rotte abgegeben habe. Die Gründe, so der Reichsanführer anführte, sind natürlich der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt worden, aber man kann sie vielleicht vermuten. Bei unseren außenpolitischen Verhandlungsgegnern bereitet sich — auch der belgische Außenminister Vanderveerde hat es am Mittwoch in Paris mit etwas dunklen Worten angedeutet — eine Einigung von großer Zukunftsbedeutung vor. Es gewinnt den Anschein, als ob Frankreich und England — letzteres unter dem Druck seiner schweren Weltorgen — sich darauf geeinigt haben, die deutschen Sicherheitsvorschlüge zur Seite zu schieben und die Rotte Briand's mit ihren harten Bedingungen für Deutschland zur Grundlage aller weiteren Sicherheitsverhandlungen zu machen. Der Pariser „Temps“ schrieb halbamtlich, es sei nicht die geringste Aussicht auf eine Verständigung vorhanden, wenn Deutschland auf seinen Vorschlägen beharren wollte (die die englische Regierung bisher als sehr druckbar gefolgt hatte), denn durch die Verständigung zwischen Paris und London seien die deutschen Vorschläge erledigt. Stresemann gebe sich einer jeltamen Täuschung hin, wenn er hoffe, auf diese Weise einen Vertrag zu erreichen, der eine Erleichterung gegenüber dem Versailles Vertrag bedeuten würde. — Also der Sicherheitsvertrag soll für Deutschland mindestens keine Erleichterung bringen. Dann allerdings können wir uns den ganzen Sicherheitsvertrag ersparen. Im englischen Oberhaus hat Lord Balfour der Rotte Briand's zugestimmt, England läßt also Deutschland wieder einmal im Stich. Es soll uns wieder ein Diktat aufgedrungen werden, wo wir Verhandlungen erreichen zu können glauben. Und Deutschland wird, wenn es sich gegen die unannehmbaren Bedingungen sträubt, wieder als der Störenfried hingestellt werden, an dessen eigenhändigem Widerstand die Beruhigung der Welt leidet. Deutschland sollte eine Lehre von der unglücklichen Politik der Vergangenheit, Frankreich verlangt ihre Korrigierung mit härteren Mitteln. Daß die Parteien des Reichstags die Gefahr dieser Entwidlung nicht übersehen und die liberale heissen Verhandlungen durch Parteigeiz hindern, das zu verhindern dürfte die Pflicht des Reichstags gewesen sein.

Neuestes vom Tage

Empfang der Beamtenvertreter beim Reichsanführer
Berlin, 10. Juli. Reichsanführer Dr. Luther hat sich bereit erklärt, nächsten Mittwoch die Spitzenvertretungen der Beamten zu empfangen, die ihn Vorläufe über eine allgemeine Beamteneingehaltserhöhung unterbreiten sollen.

Das Zentrum und die großen Vorlagen
Berlin, 10. Juli. Die „B.Z.“ berichtet, in der gestrigen Sitzung des Parteivorstands des Zentrums sei zum wiederholten Mal der Standpunkt festgelegt worden, daß die Aufwertungsfrage, der Zolltarif und die Außenpolitik einschließlich des Sicherheitsvertrages unantastbar seien. Das Zentrum werde nicht einer der Vorlagen für sich zur Annahme verheßen, ohne die Gewißheit zu haben, daß die Zentrums-wünsche bei den anderen von den Regierungsparteien (der Rechten) Berücksichtigung finden.

Rücktritt Scheidemanns
Berlin, 10. Juli. Abg. Philipp Scheidemann, Oberbürgermeister in Kassel, sieht sich, wie die „B.Z.“ meldet, infolge seines alten Alters und Darmleidens genötigt, den Posten aufzugeben. Scheidemann wird seinen Wohnsitz wieder in Berlin nehmen.

Von der Vormat-Anterladung
Berlin, 10. Juli. Da die Gebrüder Bornat trotz ihrer Versprechen noch keine Zahlung an die Postkasse und die Reichsbank und die Preussische Staatsbank geleistet haben, abgesehen von 2000 Mark gegenüber einer Verschuldung von rund 30 Millionen Goldmark, die sie von den genannten Kassen erhalten haben, werden die Postverwaltung und die Staatsbank besondere Strafzettel gegen die Vormats erstellen.

Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Deutschen Werke
Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen die Deutschen Werke richtet sich gegen den Direktor, der unter dem Namen Henry Salme auftritt, und den früheren Reichsanführer Bauer. Gegen den früheren Polizeipräsidenten Richter ist ein weiteres Dienstvergehen eingeleitet, weil er Geschenke von einer Person angenommen habe, gegen die eine Strafzettel vorlag.

Kaschperrung
Bezirk im Bogland, 10. Juli. Da die Stahlmeister in den Weberiden von Gera die Wiederaufnahme der Arbeit verweigerten, werden am Samstag 4000 Weber und Weberinnen ausgesperrt.

Der deutsch-polnische Handelskrieg
Scheidemann, 10. Juli. Seit Dienstag ruht der Warenverkehr nach Polen vollständig. Die Polen weisen an der Grenzstation Deutschen sogar deutsche Reisende, die mit Wägen verladen sind, zurück.

Stadt.
Uhr an
Uhr an
niem
chrift
ams.
groß
(Sopran)
ariton)
e).
ind
Sekten)
eatres).
2. Juli
11
53
Wagt
geht
ann
urch
ame
inen
wird
urch
resse
Tatob.
124
lichtspiele.
an 8 Uhr 30
3.15 u. 8.30
valier
f Zeit
oder
ende Dratseid
ions Drama
5 Akten
gineses Lustspiel
Damenbad
3 Akten.
her
fer, Nagold.
s-Nummer
geben werden



Der Reichstag

Paris, 10. Juli. Die Kabinets haben die von ihnen eroberten französischen Stellungen in der Gegend von Mezana durch Besatzungen besetzt. Bei dem Dorf kam es zu Mordtaten mit 1000 Mann eines neuerdings abgefallenen Stammes. Angriffe bei Bob Laca und Red el Hamar wurden von den französischen Truppen abgewiesen.

Vor Laca sollen die Kabinets starke Verluste erlitten haben. Sie lehnten aber ihre Angriffe fort. Zum Generalstabchef des neuen Oberkommandanten in Marokko, General Raulin, ist der Infanterieoberst Paquin worden.

England hat die Verstärkung der Polizei in Tanger und die Aenderung der Grenzen des neutralen Gebiets abgelehnt.

Die Marokkoforderung angenommen

Paris, 10. Juli. In der Kammer wurde gestern die Forderung von weiteren 188 Millionen Franken für den Marokkokrieg eingebracht. Poincaré erklärte das Gerücht für unrichtig, daß Laga von den Kabinets bereits angenommen sei. Aber auch wenn es so wäre, dürfe man die Ruhe nicht verlieren. Die Friedensvorschlüge können nicht vorzeitig veröffentlicht werden. Dies solle erst geschehen, wenn Abd el Krim sie ablehne, damit die ganze Welt seine wahren Absichten kennen lerne. Die Sicherheit Marokkos und Magiers stehe auf dem Spiel. Abd el Krim habe sich zum Sulten ausgerufen und den heiligen Krieg erklärt. Frankreich habe die Pflicht, die Marokkaner zu schützen. (A) Abg. Cachin (Komm.) wandte sich gegen den Krieg. Marokko habe nach seiner Ansicht schon Milliarden gekostet, und die nächste Forderung werde viel höher sein. Abg. Fabry (Dem.) sagte, es dürfe keinen Frieden geben ohne Befragung des Gegners. Er hoffe, daß die Regierung 15 bis 20 Divisionen aufstellen werde, für die zum Teil Marokkaner benötigt werden könnten. Abg. Renaudel (Soz.) verlangte, daß die Abd el Krim vorgelegten Friedensbedingungen beizugegeben werden. Ganz Frankreich werde sich für den Krieg einsetzen, wenn Abd el Krim die Friedensvorschlüge ablehnen würde. Abg. Blum (Soz.) meinte, dem Marokk Sulten müsse auch die Zivilverwaltung entzogen werden, seine Rolle sei ausgespielt. Die Befragung des Sultans durch die Franzosen im vorigen Jahr habe diesen Krieg hervorgerufen.

Morgens 1 Uhr genehmigte die Kammer die Marokkoforderung mit 411 gegen 29 Stimmen der Kommunisten. Über 140 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Die Rechte stimmte für die Vorlage, die Sozialisten enthielten sich der Stimme.

Die Friedensvorschlüge sollen Abd el Krim in den nächsten Tagen durch Vermittlung des Spaniers Echevarria übergeben werden, doch glaubt man in maßgebenden Kreisen nicht, daß das Angebot Erfolg haben werde.

Sowjetregierung und kommunistische Internationale

Paris, 10. Juli. In der Besprechung des belgischen Außenministers Vandervelde mit Briand wurde in Verbindung mit der Sicherheitsfrage erwogen, in Moskau den Versuch zu machen, daß die Zusammenhänge zwischen der Sowjetregierung und der dritten (kommunistischen) Internationale endgültig geklärt werden, damit die Sowjetregierung sich nicht mehr hinter der Behauptung verschonen könne, sie sei für die Umtriebe der Internationale nicht verantwortlich zu machen.

Russisch-englische Wiederauflösung?

London, 10. Juli. Der „Daily Express“ erfährt von russischer Seite, der Sowjetdirektor Rasowski werde mit Aufträgen für 15 Millionen Pfd. Sterling nach London kommen, davon 10—12 Millionen London, Maschinen und Werkzeuge und nur 3 Millionen Rohstoffe. Man hoffe, daß diese Bestellung zur Besserung der Beziehungen beitragen werde.

Lohnbewegung in Amerika

New York, 10. Juli. Gestern ist die Besprechung der Vertreter der Grubenbesitzer und der Kohlenarbeiter eröffnet worden. Die Arbeitervertreter lehnten die vorgeschlagene Lohnherabsetzung um 10 v. H. entschieden ab und werden am 1. September in den Ausstand treten, wenn keine Einigung erzielt wird.

Japan gegen den Kommunismus

Tokio, 10. Juli. Die Polizei hat beantragt, ihr einen Kredit zur Verfügung zu stellen, um einen polizeilichen Sonderdienst zur Unterdrückung kommunistischer Umtriebe einzurichten.

Deutscher Reichstag

Ständische Sitzung

Berlin, 10. Juli.

90. Sitzung. Schluß. Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärt Abg. Horlacher (Bayer. Volksp.), seine Partei sei zwar gegen die Tarife, aber nicht gegen die Vorlage der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer an sich. Die neue Vorlage der Regierungsparteien bringe für die kleinen Brauereien unter 1000 Liter Erzeugung volle Steuerfreiheit. Die Abg. Büll (Dem.), Schläter (Soz.) und Henning (Völk.) sprechen dagegen. Die Vorlage der Regierungsparteien wird darauf dem Steueraussschuß überwiesen; das Finanzministerium geht darauf den ersten Regierungsentwurf, der vom Ausschuß abgelehnt worden war, zurück.

Nach einer unerheblichen Aussprache wird der Haushaltsplan für die besetzten Gebiete angenommen.

Zum Haushaltsplan für den Reichstag empfiehlt Abg. Taubadel (Soz.) die Beschlüsse des Ausschusses, wonach neue Arbeitsräume für die Abgeordneten erstellt werden sollen. Entweder soll ein Stockwerk auf das Reichstagsgebäude aufgesetzt oder ein Nachbargrundstück zur Errichtung eines Nebengebäudes angekauft werden, das durch einen Verbindungsbogen an das Reichstagsgebäude anzuschließen wäre. Auch die Anlegung eines Gartens wird gewünscht. Die Abgeordneten verlangen ferner für sich höhere Zuschüsse für die Eisenbahnfahrkarten, Freifahrtkarten für die Klein- und Vorkolbahnen, für die Postautofahrten und die Dampferfahrten auf dem Bodensee (die Flugzeuglinien scheinen überleben worden zu sein). Der Reichstag will sich auch ein eigenes Auto anschaffen und hat dafür bereits 20.000 M. bewilligt. — Das Haus ist mit allen Wünschen einverstanden und der Haushalt wird genehmigt.

Genehmigt werden ferner verschiedene Anträge des Wirtschaftsausschusses.

Ein Verfassungsantrag wird um 7.30 Uhr abgelehnt.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die die

Ausübung des Rechts zum Tragen der Militäruniform. Nach der Vorlage wird der Reichspräsident ermächtigt, dieses Recht für solche Personen zu regeln, die schon vor der Errichtung der Reichswehr aus dem militärischen Dienstverhältnis ausgeschieden waren.

Abg. Kuhnert (Soz.) nennt es fälschlich, daß der Reichstag sich mit den alten kaiserlichen Uniformen beschäftigen solle. Aus der Vorlage spreche der Geist von Poissam, der Geist der Lieberhebung.

Reichswehrminister Dr. Gehler betont, daß die Regelung dieser Frage eine Notwendigkeit sei. Nach der Revolution sei den verabschiedeten Offizieren das Recht des Uniformtragens aberkannt worden, was früher als eine schwere Ehrenstrafe galt. Der verstorbenen Reichspräsident Ebert selbst habe eingesehen, daß dies nicht recht sei, und er habe nach kurz vor seinem Tod gewünscht, es möge hier durch einen Gesetzentwurf ein Friedensschluß gefunden werden. Der Gesetzentwurf sei verfassungsändernd und bedürfe daher einer Zweidrittelmehrheit. Regimentsverankolungen unterbleiben dem Vereinsrecht. Wenn Peing Koll Friedrich daran teilnehmen, so sei dies lediglich eine Beschränkung.

Um 8.30 Uhr beantragt Abg. Dittmann (Soz.) erneut die Verlesung. Die Abgeordneten Schulz-Bromberg (Völk.) und Henning (Deutschvölk.) erheben erneut Widerspruch und verlangen Fortsetzung der Aussprache, damit sie auf die sozialdemokratischen Angriffe antworten können.

Es entsteht ein ungeheurer Lärm, der minutenlang anhält. Abgeordneter Dr. Bell läßt über den Verlesungsantrag abstimmen. Für diesen erheben sich die Sozialdemokraten, die Demokraten, die Kommunisten und auch das Zentrum. Unter großer Unruhe erklärt Dr. Bell die Verlesung für beschloffen.

Darauf entsteht große Erregung auf der Rechten. Es wird die Gegenprobe verlangt. Dr. Bell schreitet darauf trotz des Widerspruches der Rechten zu einer hochmaligen Abstimmung und ordnet schließlich die Abstimmung an.

Auf der Rechten erhebt sich jetzt ein ungeheurer Lärm. Im Chor wird „Schiedung“ gerufen. Der Aufforderung des Präsidenten, den Saal zur Abstimmung zu verlassen, wird keine Folge geleistet. Alles schreit müßig durcheinander. Heftig bilden sich erregte Gruppen. Einzelne Abgeordnete drohen mit den Fäusten. Dr. Bell hebt die Sitzung für drei Minuten auf und verläßt den Präsidentensuhl. Als er wieder im Saal erscheint, empfangt ihn die Linke mit großem Hallo. Dr. Bell verliert, eine erneute Abstimmung über die Verlesung herbeizuführen, wird aber durch anhaltenden tosenden Lärm daran gehindert. Er hebt schließlich die Sitzung auf und beruft die nächste Sitzung auf Freitag 2.30 Uhr nachmittags mit der 100. Nummerungslesung.

Die Sitzung schließt mit einem ungeheuren Lärm. Nur langsam leert sich der Saal.

Das Aufwertungsgezet

91. Sitzung. Präsident Lohé schlägt vor, den ersten Punkt der Tagesordnung, das Gezet über das Tragen einer Militäruniform, abzulehnen, um die Erledigung der Aufwertungsgezet nicht zu sächern, die bis zum 15. Juli verabschiedet sein müssen.

Abg. v. Graefe (Völk.) widerspricht in erregtem Ton. Es seien ungeheuerliche Angriffe gegen die Offiziere des alten Heers gerichtet worden, die zurückgewiesen werden müßten. Als der Redner von Verleumdern und Vandalen überfallen ist, erteilt ihm der Präsident eine Rüge. Das Uniformgezet wird abgelehnt.

Es folgt die 2. Lesung des Aufwertungsgezetes. Abg. Schetter (Z.) weist kurz auf die mühsame Arbeit des Ausschusses hin, wozu neue Entwürfe vorliegen.

Abg. Reil (Soz.) begründet die Aenderungsvorschläge der Sozialdemokraten. Durch die Kompromißvorschläge würden nur Bruchstücke des alten Rechts wiederhergestellt. Der beste Weg sei die soziale Lösung. Das Kompromiß Gezet die Rücksicht auf die Sporer und Rentner vermissen, zeige aber volles Verständnis für die Interessen der Inflationsgeniesener (Ultras rechte). Von sozialdemokratischem Geist sei in der ganzen Aufwertung kein Hauch zu verspüren. Es sei ein Skandal, daß die Regierungsparteien die soziale Erfassung der Inflationsgeniesener verhindern. Der Redner fordert Ausrüstung von der Regierung über den Befehlstand an Anleihen.

Württemberg

Stuttgart, 10. Juli. Der Landtag in der Jagdausstellung. Die Mitglieder des Würt. Landtags beschäftigten heute vormittag die sehr interessante Jagdausstellung in Stuttgarter Hofschloß.

Verkehrspolizei. Das Polizeipräsidium hat jetzt damit begonnen, durch Beamte, die in Kraftwagen und auf Kraftfahrrädern fahren, Streifen auszuführen. Bei der ersten Streife, die am 3. Juli vorgenommen wurde, erfolgten 40 Beanstandungen; 15 Fahrer ohne Führerschein wurden der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht. Derartige Streifen werden wiederholt werden.

Die verstorbenen Alten. Ein in der „Schwab. Tagwacht“, vom 27. März 1925 über leiterzeitige Vorlesung im Landtag erörtertes Stimmungsgezet, das Bestimmungen des Abgeordneten und jetzigen Staatspräsidenten Balleh enthält, gab der Staatsanwaltschaft Veranlassung zur Erhebung einer öffentlichen Beschuldigungsanzeige gegen den dramatischen Redakteur Johann Schöner. Dieser wurde unter dem 14. Mai 1924 zu einer Geldstrafe von 300 Goldmark verurteilt. Er erhob gegen dieses Urteil Berufung. In der Zwischenzeit gingen jedoch die Alten längere Zeit verloren; bei ihrem Wiederfinden war die Sache als Pressebelästigung bereits verhandelt, so daß das Urteil jetzt von der Strafkammer auf Antrag des Verteidigers aufgehoben wurde. Das Verfahren selbst wurde unter Übernahme der Kosten auf die Staatskasse eingestellt.

Die zweite Jagdausstellung von Erzeugnissen der würt. Textil- und Bekleidungsindustrie wird vom 6. bis einschließl. 13. September 1925 als erste Veranstaltung des aus Vertretern der einschlägigen würt. Industrie gebildeten Vereins „Textil- und Bekleidungs-Ausstellung Stuttgart e. V.“ durchgeführt. Als Ausstellungsraum wird die neue Stadthalle an der Redar-Werkerstraße zur Verfügung gestellt.

Die Echterdinger Bauernbank. Das Große Schöffengericht hat den Inhaber der Echterdinger Bauernbank, Röhner zu 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft verurteilt. Der Witwengatte Röhner erhält für eine zweimonatige Gefängnisstrafe eine Probezeit von 2 Jahren zugesprochen, nach deren fruchtlosem Verlauf ihm die Strafe geschenkt wird. Die Begründung des Urteils besagt, daß Röhner sehr verwerflich gehandelt und die Unverfänglichkeit der Bauern in schädlicher Hinsicht in gewissenloser Weise ausgenutzt habe. Da er noch nicht vorbestraft ist, wurden ihm mildernde Umstände zugesprochen.

Der Tag. In einem Hause der Tübinger Straße verübte ein 29 Jahre alter Kaufmann durch Einrücken von Gas einen Selbstmordversuch. Er konnte von Hausbewohnern noch rechtzeitig an seinem Vorhaben gehindert werden.

Aus dem Lande

Ehlingen, 10. Juli. Unfall beim Abbruch der Festhalle. Am Donnerstag stürzte der 24 Jahre alte Gustav Drechsel von Spiegelberg, der mit der Abnahme des Festbuchs an der Festhalle beschäftigt war, infolge ungenügender Selbstsicherung etwa 8 Meter hoch ab. Er erlitt innere Verletzungen und mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Marbach, 10. Juli. Ueberfahren. Auf der Straße Beilstein-Luensfeld wurde der 71 Jahre alte Landwirt Karl Kähler von Schmidhausen von einem Personennah angefahren. Die Insassen des Wagens nahmen sich sehr um den Verunglückten an und verbrachten ihn ins Krankenhaus nach Marbach. Auf der Fahrt dorthin ist der bewusste Mann gestorben.

Hefenalb, 10. Juli. Das dritte Todesopfer. Der bei dem Autounfall schwer verletzte Führer des Autos, Oberamtsbaummeister Striebel aus Neuenbürg, ist jetzt auch gestorben, so daß das Unglück drei Todesopfer gefordert hat.

Kottweil, 10. Juli. Meineid. Das Schwurgericht verurteilte den ledigen Mechaniker Otto Wetz von Lohburg wegen Meineids zu 1 Jahr Zuchthaus und zum Verlust der württembergischen Ehrenrechte auf die Dauer von zwei Jahren.

Schwöningen, 10. Juli. Zur Stadtparkwahl. Die Kommunalwahl haben jetzt beschloffen, den kommunalpolitischen Kandidatskoordinierten Karl Müller (Kavensburg) zum Stadtparkwähler zu wählen.

Schramberg, 10. Juli. Starkstromverletzung. In Oberwolfach kam der Sohn des Bürgermeisters Böhm mit der Stromleitung in Berührung und wurde durch den Schlag von der Leiter zu Boden geschleudert. Er erlitt schwere innere Verletzungen.

Ehingen a. D., 10. Juli. Neue Brücke. In einer gemeinschaftlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegien von Ehingen und Rastatt wurde die sofortige Rekonstruktion der Donaubrücke bei Rastatt beschloffen. Die Brücke, die 1914 erbaut wurde, ist morsch geworden. Die Brücke ist auf 100.000 Mark veranschlagt, der Staat gibt ausnahmsweise einen Baukostenzuschuß von 33% v. H.

Berg, Oß. Ravensburg, 10. Juli. Im festhägerfesten Leichenwagen. Wagnermeister Georg Koderer von Antobel arbeitete fast ein Jahr lang nach eigenen Plänen an einem neuen Leichenwagen für seine Heimatgemeinde. Als er damit fertig war, erkrankte er und starb, und so ist er der erste, der auf dem Leichenwagen zum Friedhof gefährt wird.

Tannheim, Oß. Leutkirch, 10. Juli. Tod durch den elektrischen Strom. Bei Anstreicherarbeiten an einem Neubau kam trotz vorheriger Warnung der 18 Jahre alte Malergehülfe Willi Red aus Mooshausen der elektrischen Hausanschlusleitung zu nahe, so daß Kurzschluß entstand und Red sofort tot war.

Langenangen a. B., 10. Juli. Ertrunken. Wittwibabend begab sich der 13 Jahre alte Sohn August des Fischweilers Jäger zum Baden in den Weßkanal. Während des Badens wurde der Knabe in den See infolge plötzlichen Eintritts größerer Wassermassen in den Weßkanal abgetrieben. Trotz eifriger Suchens ist es bis jetzt nicht gelungen, die Leiche des Knaben zu finden.

Winnenden, 8. Juli. Was lange währt... Um Postkarte, die nicht weniger als nahezu 13 Jahre von Kralbeim nach Winnenden brauchte, traf kürzlich hier beim Postamt ein. Die Karte trägt die Stempel „Kralbeim, 26. Sept. 12“ und „Winnenden, 3. Juni 25“. Wo sie in dieser langen Zeit geblieben ist, ist schwer zu sagen. Jedenfalls ist sie aber dort in einem verbotenen Ort finden geblieben und all nach und nach zum Vorschein gekommen.

Aus Stadt und Land

Tagelober, den 11. Juli 1925.

Sind wir nicht Blumen, welche rastlos brennen und allezeit, was sie auch umwinden, verzehren nur, doch nichts umarmen können? Gebil.

Zum Sonntag

Ein gutes Zeichen unserer Zeit ist es, daß ihr harter Zug zum Ernteaufen und Verleben sich immer mehr den Menschen und seinem inneren Leben zuwendet. Dies Streben muß zum Eingangstor für die Liebe werden. „Je mehr wir kennen, desto mehr lieben“. Jugendlicher und Eselstanz, Energie und Myster haben ihre Blüte erlangt, sich verlebend einzufließen in das Weken der Menschen, mit denen sie es tun haben. Und alles verleben heißt durchaus nicht abgehen lassen, sondern; mit liebender Hand, mit geübter Hand, nachhelfen, zurechtstellen, fragen, wo solches nicht. Nach sind wir weit entfernt von einer vollendeten Kunst der Verlebendens. Am meisten fehlt sie noch dem öffentlichen Leben, auf politischem und religiösem Gebiet. Das wird immer ein steiniger Boden bleiben. Aber wachsendes Verleben sollte uns wenigstens dahin bringen, daß wir die Mahnung befolgen können: „Wenn ihr einander nicht lieben könnt, so laßt einander doch wenigstens gelten“.

Postalisches. Nach einer Verfügung des Reichspostministeriums müssen Paketanschriften, soweit dazu Platz vorhanden ist, auf vorher angefeuchteter Schreibfläche hergestellt sein. Pakete mit Aufschriften, die dieser Bestimmung nicht entsprechen, werden den Aufschließern zur Beilegung des Mangels zurückgegeben. Es dürfte sich empfehlen, zu Aufschriften alle Art Zitierrufe nicht zu verwenden, weil deren missverständliche Schrift — besonders bei künstlichem Licht — schwer zu lesen ist, ein Umstand, der das Verteilungsgeschäft wesentlich erschwert und verlangsamt.

Mittelstandsfragen. Der Württembergische Mittelstandsbund wählte an Stelle des verstorbenen Richard Knoll Zuchdruckermeister Heinrich Fink zum 1. Vorsitzenden. Der Ausschuß beschloß den Anstich an den Reichsdeutschen Schutz-Verband für Handel und Gewerbe (Sich Braunschweig). Weitere Verhandlungen betreffen die Errichtung einer Sterbekasse für die Mitglieder des Bundes.

